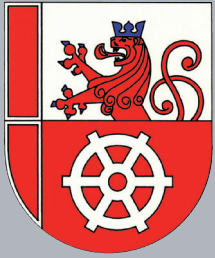


RATINGER SPIEGEL



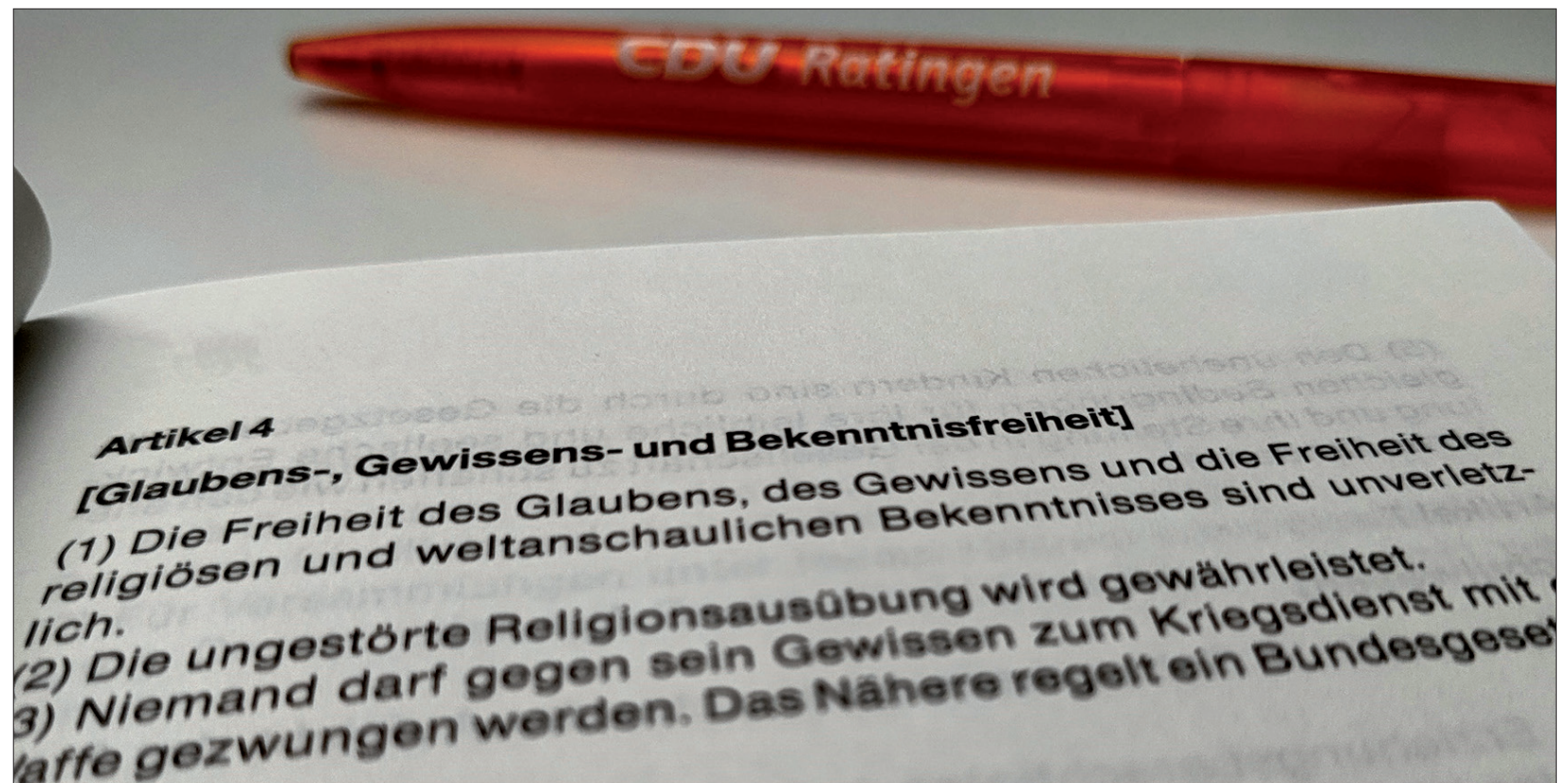
Hass und Hetze verbieten sich – ein Appell der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Ratingen

Ein erhellender Blick ins Grundgesetz und ein besorgter Blick in die Ferne und auf unsere Straßen.

Es muss ein monumentales Gefühl gewesen sein, als die Mütter und Väter des Grundgesetzes am 23. Mai 1949, also vor knapp 75 Jahren, in Bonn das Gründungswerk der Bundesrepublik unterzeichneten. Einst angelegt als Provisorium, ist dieses Werk bis heute Basis unserer Entscheidungen, spiegelt Werte, Weltansicht und Grundverständnisse Deutschlands und der Deutschen wider. Es ist das Basiswerk unserer demokratischen Ordnung, die uns Wohlstand brachte, Frieden sichert und Zukunft garantiert.

Direkt hinter Menschenwürde, allgemeiner Handlungsfreiheit und allgemeinem Gleichheitsgebot findet sich im Grundgesetz Artikel 4. Gerade einmal 38 Wörter braucht es, um ein unverrückbares Gebot des deutschen Selbstverständnisses in rechtssichere Form zu gießen – das Recht auf Glaubens- und Religionsfreiheit. Die Platzierung ganz vorne im Grundrechtskatalog verdeutlicht, welche Stellung die Mütter und Väter des Grundgesetzes der Glaubens- und Religionsfreiheit zuschrieben. Nicht zuletzt wegen den Erfahrungen des NS-Unrechtsstaats und Adolf Hitler wird nicht nur die Glaubensbildung, sondern auch das Glaubensbekenntnis geschützt. Gleichwohl findet die Glaubens- und Religionsfreiheit des Einzelnen ihre Schranken in den Grundrechten, insbesondere der Glaubens- und Religionsfreiheit des Anderen.

Was für viele selbstverständlich wirkt, ist dieser Tage erheblich in Gefahr. Die Geschehnisse in Nahost, in Israel und im Gazastreifen bewegen alle, viele Meinungen kursieren, viele individuelle Ansichten werden gefasst, geteilt, diskutiert. Die Meinung des Einzelnen ist geschützt durch das Grundgesetz; die Meinung Deutschlands begründet sich in seiner Geschichte und unserem Selbstverständnis. Wenn von der Staatsräson gegenüber dem Staat Israel und seinen Bewohnern gesprochen wird, so darf dies keine leere Worthülse



Artikel 4 unseres Grundgesetzes garantiert das Recht auf Glaubens- und Religionsfreiheit.

sein, sondern muss in Taten aufgehen. Der Kampf, der sich mehr oder weniger weit weg in kriegsrischer Form abspielt, in Israel und Palästina, genauso wie in der Ukraine, ist auch vor unseren Türen in Form von Protesten und Übergriffen längst angekommen. Für die Menschen in den Kriegsgebieten ist es ein Kampf ums Überleben und den Fortbestand ihrer Staaten. Für uns ist es ein Kampf um die demokratische Überzeugung, die hier vor Ort immer öfter angegriffen wird. Es ist unübersehbar, dass Dritte unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zerstören wollen. Dieser Vernichtungswunsch ist keine geschützte Meinung, sondern geht gegen alles, was unser Grundgesetz manifestiert und ermöglicht, auch gegen den so wichtigen Artikel 4. Dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen.

Die Meinung des Einzelnen ist geschützt. Wo jedoch Hass, Hetze und Verfolgung beginnen, da hört Meinung auf. Es ist erschreckend, wie schnell sich Antisemitismus in die Mitte der Gesellschaft bewegt,

mit welcher Selbstverständlichkeit Israel die Existenzberechtigung auf Demonstrationen in unseren Städten abgesprochen wird. Wenn Jüdinnen und Juden Angst haben, auf die Straße zu gehen, sich religiös erkennbar zu zeigen, wenn es Brandanschläge auf Synagogen gibt, dann ist Artikel 4 in Schieflage - die gilt es klar zu artikulieren und unmissverständlich zu korrigieren.





Es ist an uns – den Politikern, Parteien und Verbänden, dem Staat und auch an allen Bürgerinnen und Bürgern, aufzustehen, Stellung zu beziehen und einzutreten. Wir sind uns einig, dass sich Geschichte nicht wiederholen darf. „Nie wieder“ ist ein Versprechen, dessen Wert wir jetzt beweisen müssen.

Freiheit und Meinungsäußerung sind ein hohes Gut, noch höher wiegt jedoch der Schutz vor Terror, Verfolgung, Hass und antidemokratischer Agitation. Wir stehen an der Seite aller Jüdinnen und Juden in unserer Stadt, unserem Land, in Israel.

Wir stehen gegen Antisemitismus, gegen Geschichtswiederholung, gegen Hass und Hetze.

Mehr vom Rater Spiegel auf Seite 2 >>

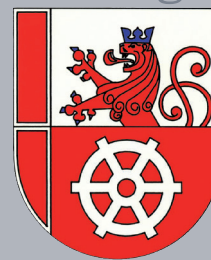
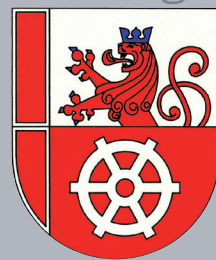
Schreiben Sie uns Ihr Anliegen:

 cdu-fraktion-ratingen.de
 fraktion@cdu-fraktion-ratingen.de
 [cduratingen](https://www.facebook.com/cduratingen)
 [cdu_ratingen](https://www.instagram.com/cdu_ratingen)



WhatsApp-Newsletter

VisiP:
CDU-Fraktion Ratingen | Stefan Heins
Minoritenstraße 2-6 | 40878 Ratingen



Schulzentrum Lintorf:

Neue KiTa an der Brandsheide eröffnet; Neubauplanung der Heinrich-Schmitz-Schule kommt voran



Die KiTa an der Brandsheide ist mit einem attraktiven Neubau in Betrieb, direkt nebenan soll die neue Heinrich-Schmitz-Schule entstehen.

Pünktlich und doch mit Zeitdruck konnten die ersten Kinder im August die neue KiTa an der Brandsheide beziehen. Der Neubau ist auf einem ehemaligen Sportplatz an der Brandsheide entstanden und ist ein wichtiger Schritt für Stadt und Politik, die gleichermaßen das Ziel verfolgen, dem steigenden Bedarf an Kindertagesplätzen in Ratingen mit einem attraktiven Angebot zu begegnen. „Mit dem modernen Gebäude an der Brandsheide haben wir Maßstäbe geschaffen, pädagogisch wie nachhaltig“, betont Oliver Thrun, CDU-Fraktionsvize und Vorsitzender des Bezirksausschusses Lintorf/Breitscheid. Die KiTa ist nach modernen Ansprüchen gestaltet und optimal auf die pädagogischen Ansprüche von Kleinkindern ausgelegt. Auch im Puncto Nachhaltigkeit kann sich die neue Anlage sehen lassen, bald soll auf dem Dach, wie auf allen städtischen Gebäuden, noch eine Solaranlage installiert werden. Wo heute neben der KiTa

noch Platz auf dem ehemaligen Sportplatz ist, soll zeitnah ein weiteres Leitprojekt des von der CDU forcierten Aus- und Neubaus von KiTas und Schulen entstehen: Die dann komplett neu errichtete Heinrich-Schmitz-Grundschule. Der Neubau wird nötig, da das Lintorfer Schulzentrum bereits an der Kapazitätsgrenze arbeitet und man vorbereitet sein möchte, wenn durch Verdichtungen und neue Wohnbebauung, die in Lintorf mit Realisierung der Westbahn entstehen könnte, die Bedarfe steigen. „Zudem gewinnt auch das angrenzende Kopernikus-Gymnasium, da es ebenfalls unter Raumangel leidet und infolge des Umzuges der Grundschule das heutige Bestandsgebäude nutzen könnte“, ergänzt Oliver Thrun, der auch schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion ist. Gleichzeitig wird man mit dem Neubau dem Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung gerecht. „Für uns ein wichtiger Schritt in unserem Anspruch, eine lebenswerte und angebotsorientierte Stadt für Familien zu sein und zu bleiben“, so Thrun. Die Verwaltung beabsichtigt, hier besonders zeiteffiziente Methoden wie modulare Bauweise zu nutzen, um der Lintorfer Schullandschaft schnell eine spürbare Verbesserung zu bieten.

Thrun erklärt zudem: „Wir sehen die Vorhaben an der Brandsheide, die neben der KiTa und der Grundschule auch den Bau einer Seniorenresidenz vorsehen, als durchweg positive Entwicklung an. Hervorzuheben ist auch, dass sich der Neubau in unmittelbarer Nähe zum Bestandsgebäude befindet und so bestehende Wegeverbindungen, insbesondere die zahlreichen Buslinien, die heute das Schulzentrum bedienen, für die Schülerinnen und Schüler der Heinrich-Schmitz-Schule weiterhin nutzbar bleiben. Das ist ein bedeutender Standortvorteil.“

Verkehrsführung geklärt: Wohnprojekt ‚Goldkuhle‘ nimmt nächsten Entwicklungsschritt

Wenn man über die Brücke am Hösel Bahnhof in den Ort einfährt, fällt der Blick automatisch auf die verlassene und verrottet Bauruine der ehemaligen Firma Goldkuhle. Über viele Jahre hat sich die Politik, allen voran die CDU, für die Entwicklung dieses Areals eingesetzt.

Überlegungen und Planungen anderer Fraktionen für einen Gewerbepark oder die Ansiedlung großer Speditionen wurde nicht nur von den Christdemokraten, sondern auch durch die Bevölkerung abgelehnt. Michael Droste, CDU-Ratscherr und Vorsitzender des Bezirksausschusses, erklärt: „Eine Bebauung unter anderem mit preisgedämpften Wohnungen wurde stets von uns bevorzugt. Hierbei war es uns wichtig, dass neben einem Nahversorger auch eine weitere Kita gebaut wird. Nach vielen Jahren der Ungewissheit der Eigentumsverhältnisse hat die Wohnkompanie das Gelände erworben und in Zusammenarbeit mit Verwaltung und Politik ein Wohnkonzept für das Goldkuhle Quartier entwickelt. Hierbei lag das Augenmerk besonders darauf, dass es nicht zu großen Baublöcken kommen dürfe, sondern ein attraktives Umfeld für Familien geschaffen wird, für die die Nähe zur anliegenden S-Bahn als ein besonderes Pre empfunden wird.“

und besserer Sicherheit der Kreisverkehr die bevorzugte Option, jedoch war von Anfang an klar, dass die Machbarkeit an vielen Faktoren hängen wird“, erklärt Tatjana Pfotenhauer, CDU-Sprecherin im Ausschuss. In der letzten gemeinsamen Sondersitzung des Mobilitätsausschusses (StaMA) und des Bezirksausschusses (BezA 6) Hösel/Eggerscheidt, beschlossen die Ausschüsse mit überwältigender Mehrheit die Verwaltung mit der vertieften Prüfung der Möglichkeiten zum Bau eines Kreisverkehrs zu beauftragen. Um die Finalisierung des laufenden Verfahrens zum Erlass einer Baugenehmigung für das Wohnprojekt „Goldkuhle“ nicht durch komplizierte Vorprüfungen und Planungen für den Kreisverkehr zu verzögern, beschlossen die Ausschüsse weiterhin die Installation einer provisorischen Ampelanlage, um die Verkehr von und zum Bahnhof zu regeln. „Damit wird ein Kreisverkehr am Ortseingang von Hösel hoffentlich bald Realität werden“, so Droste weiter.

Bereits mehrfach wurde die Hösel Bürgerschaft über das Vorhaben informiert, insbesondere in einer von der CDU angeregten Bürgerversammlung, die im August 2022 stattfand. Dabei wurde immer wieder die Verkehrsanbindung diskutiert. „Die Frage war immer ‚Kreisverkehr‘ oder ‚Ampel‘? Für die CDU war wegen eines höheren Verkehrsflusses

Die CDU wird das Thema weiter federführend begleiten. „Wir sind uns der Signwirkung und dem Einfluss auf das Einfallstor in unserem Ort sehr bewusst und setzen auf der einen Seite auf schnelle Umsetzung, wollen hier jedoch auf der anderen Seite eine hochwertige und langfristig attraktive Lösung geschaffen wissen“, so Droste abschließend.



Stefan Heins und Michael Droste (v.l.) freuen sich, dass das ambitionierte Wohn- und Nahversorgungsprojekt, inklusive neuer KiTa, vorankommt.

Tipps für eine genussvolle Weihnachtszeit in der Ratinger Altstadt:

Weihnachtszeit in der Ratinger Altstadt bedeutet: Stimmungsvolle Weihnachtsbeleuchtung, den beliebten Weihnachtsmarkt auf dem Marktplatz – dieses Jahr freitags bis sonntags ergänzt um ein Winterdorf auf dem Rathausvorplatz (www.winterdorf-ratingen.de), das ein Programm für Familien mit Kindern an den Wochenenden anbietet.

Die Innenstadt ist aus allen Stadtteilen gut zu erreichen: Mit dem Auto, der Stadtbahn und dem Bus. Vom ZOB Düsseldorf Platz führt der Fußweg direkt durch die neuen Wallhöfe in die Fußgängerzone.



Weihnachtliches Flair; Gemütlichkeit und kurze Wege. In der Ratinger Altstadt sind Einkaufen und Genießen ein entspannendes Paar.

Das Parkangebot mit den 4 städtischen Tiefgaragen und auf den bekannten Parkplätzen ist erweitert um einen neuen Tiefgaragenteil der Wallhöfe. Ein guter Tipp, wenn Arkadenhof oder Rathausgarage einmal besetzt sind. Ein- und Ausfahrt erfolgt über Düsseldorf Straße/Düsseldorfer Platz.

In die Fußgängerzone gelangt man barrierefrei wahlweise über Aufzüge oder Rolltreppen. Die Einfahrt von der Wallstraße kann erst nach Fertigstellung des städtischen Teils der Tiefgarage genutzt werden.



Ratingen lädt Sie ein: Die erste Parkstunde ist in den Ratinger Parkhäusern und auf den Parkplätzen für alle Gäste kostenfrei!

Verkehr am Kahlenbergsweg läuft bereits rund – trotz Baustelle



Im ehemaligen Kreuzungsbereich wird der Verkehr bereits als Kreis geführt.

Der versprochene Baubeginn wurde gehalten. Trotz Baustelle läuft der Verkehr. Bereits jetzt ist die Entlastung für Breitscheid sichtbar, da der Baustellenverkehr durch den provisorischen Kreisverkehr besser fließt.

Seit August rollen die Bagger und Baumaschinen an der wichtigen Kreuzung Kahlenbergsweg/An der Hoffnung. Doch der Autoverkehr rollt ebenfalls, teils jetzt schon besser als vor dem

Umbau. „Da seit Tag eins in der Baustelle ein provisorischer Kreisverkehr eingerichtet wurde, läuft der Verkehr trotz Baustelle und Spurverengungen weitestgehend rund. Bereits jetzt ist erkennbar, wie viel Entlastung der Umbau bringen wird“, berichtet Theresa Dietz, CDU-Ratsfrau und Sprecherin im Bezirksausschuss Lintorf/Breitscheid. „Der Umbau ist ein echtes Mammutprojekt, da der Bau „unter rollendem Rad“, also unter dauerhafter Aufrechterhaltung des Verkehrs, erfolgt. Dies war uns wichtig, um die vielen Betriebe und Pendlerinnen und Pendler, die den Knotenpunkt täglich passieren, nicht zu stark zu belasten“, so Dietz weiter.

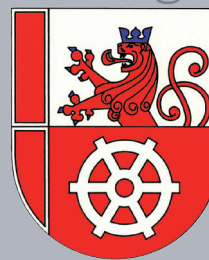
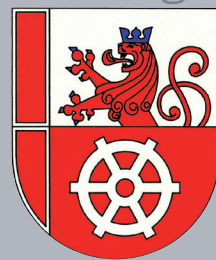
Wenn der Umbau im Herbst kommenden Jahres fertig ist, so der Plan, wird der Bereich nicht mehr wiederzuerkennen sein. „Das Versorgungszentrum wird endlich eine eigene Zufahrt erhalten, die überlastete Straße ‚An der Hoffnung‘ wird von Zu- und Abfahrtsverkehr befreit und auch für Radfahrende und Fußgänger wird der Bereich sicherer und besser passierbar“,

erläutert Stefan Heins, CDU-Fraktionschef. Dass der Umbau nach jahrelanger Planung nun passiert, ist auch Verdienst der Christdemokraten. „Die verschiedenen Straßen, die am Knoten zusammenkommen, sind in verschiedenen Zuständigkeiten, namentlich Straßen.NRW, Kreis Mettmann und Stadt Ratingen. Hier war insbesondere zwischen Kreis und Stadt eine enge Abstimmung nötig, in der unser Kreismitglied und Parteichef, Peter Thomas, gut und lösungsorientiert vermittelt hat“, so Heins.

Unser Newsletter

Bleiben Sie auf dem Laufenden und abonnieren Sie unseren Newsletter. Einfach den QR-Code scannen und los gehts.





CDU gibt entscheidenden Impuls für zeitnahe Verbesserungen am Blauen See

Ein externer Projektsteuerer soll die Verwaltung bei der Planung der endgültigen Gestaltung unterstützen.



Dank externer Projektsteuerung soll die Entwicklung am Blauen See vorankommen.

Die Neugestaltung des Freizeitgeländes am Blauen See soll mit einem konkreten Zeitplan umgesetzt werden. Die noch notwendigen umfangreichen planungsrechtlichen Arbeiten und die engen Personalkapazitäten der Stadt führen allerdings zu einer längeren Umsetzungsdauer des ehrgeizigen Projekts. Damit das beliebte Ausflugsziel trotzdem attraktiv bleibt und mögliche Verbesserungen, die keinen neuen Bebauungsplan erfordern, angegangen werden können, haben sich, auf Initiative der Christdemokraten, CDU, Bürger Union, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP zusammengetan und schnell umsetzbare Maßnahmen beantragt.

Unter anderem soll die Naturbühne mit einer neuen Entwässerung, einer funktionsfähigen Toilettenanlage und einer naturschonenden Erneuerung der Zuwegungen mit Beleuchtung schnellstmöglich, wo möglich, versehen werden. Der Eingangsbereich des Areals an der Straße „Zum Blauen See“ soll zeitnah durch die vollständige Freiräumung des Plateaus mit dem ehemaligen Restaurant und der Schaffung einer sicheren Zuwegung zum See neugestaltet und die vom Verfall bedrohten historischen Kalköfen restauriert werden. Für eine Übergangszeit soll auf dem Plateau mit Seeblick ein provisorischer Spielplatz mit einem Food-Truck sowie einer öffentlichen Toilettenanlage errichtet und die vorhandene Erlebniswelt zunächst weiterbetrieben werden. Für alle weiteren Schritte ist ein Bebauungsplanverfahren notwendig, das mit dem Kreis und der Bezirksregierung abgestimmt werden muss.

„Seit vielen Jahren setzt sich die CDU für eine Aufwertung dieses ganz besonderen Freizeitareals ein“, so Ewald Vielhaus, CDU-Fraktionsvize, der das Thema seit langem begleitet. Mit dem gemeinsamen Antrag will man nun sicherstellen, dass Verbesserungen am Blauen See schnell erfolgen, auch vor dem großen Umbau. So bleibt die CDU ihrem Wahlversprechen, das Gelände am Blauen See zu attraktiveren, durch gute Verhandlungen und wiederholte Zielsetzung treu.

„Dass der Rat der Stadt jetzt auf unseren Vorschlag einen externen Projektsteuerer in die Umsetzung der Planungen einbezieht, wird Vorhaben beschleunigen, die Verwaltung erheblich entlasten und die Umbaupläne vorantreiben“, so Stefan Heins, Fraktionsvorsitzender der CDU im Rat der Stadt. „Um die Erneuerung des weit über Ratingen hinaus bekannten Geländes zu ermöglichen, hat die Stadt das Gelände inzwischen gekauft. Die Stadt ist also auf dem Gelände voll handlungsfähig, was einen mehrstufigen Prozess ermöglicht, den wir entsprechend nutzen wollen.“, ergänzt Vielhaus.

Nachdem der Kauf vollzogen war, begannen die Planungen für einen großflächigen Umbau. „Wir hatten uns dazu für ein Wettbewerbsverfahren entschieden“, erklärt Ewald Vielhaus, der seinerzeit Mitglied der Jury war. Das Verfahren musste jedoch leider aus formalrechtlichen Gründen eingestellt werden. Gleichwohl sollen die Ergebnisse aus diesem Verfahren als Grundlagenplanung mit in die zukünftigen Überlegungen vor

allem für ein geplantes Umweltbildungszentrum, einbezogen werden.“

Die Ergebnisse, die der Politik vorgelegt wurden, gefielen. Für die Vorhaben sind allerdings aufwendige Planverfahren und Abstimmungen nötig, die Zeit und Kapazitäten in Anspruch nehmen, von denen gerade letztere in der Verwaltung knapp sind. „Pflichtaufgaben der Stadt wie der Bau neuer Kindergärten und die Renovierung unserer Schulen werden dabei natürlich nicht in den Hintergrund treten“, so Stefan Heins. Die CDU hat sich unter dem Motto „Zukunft gestalten – Handlungsfähigkeit erhalten“ im Rahmen der Haushaltsberatungen das Ziel gesetzt, die Verwaltung nicht zu überlasten und den Bürgerinnen und Bürgern einen realistischen und verlässlichen Fahrplan für die nächsten zwei Jahre zu präsentieren.

Ohne Baumaßnahmen am Blauen See wird der Zustand des beliebten Ausflugsziels schlechter, was auch den beliebten Spielbetrieb der Naturbühne gefährden könnte. Das ist für die CDU nicht hinnehmbar. Daher initiierte die CDU in den letzten Wochen immer wieder fraktionsübergreifende Gespräche, deren Ziel es war, eine merkliche Aufwertung des Areals zu erreichen, ohne dass dafür aufwendige Planungsverfahren oder übermäßige Kapazitäten gebunden würden.

Präsentieren und einbringen konnten die Parteien nun einen gemeinsamen Antrag, der einen wertvollen Kompromiss darstellt. „Wir werden schon sehr bald viele kleine Verbesserungen und Umbauten am Blauen See haben, ohne das große Ziel aus den Augen zu verlieren“, kommentierte Ewald Vielhaus bei der Antragseinbringung. Die beantragten Umbauten sollen in den Jahren 2024 und 2025 erfolgen.

Die weiteren Maßnahmen, wie die Errichtung eines großen Erlebnisspielplatzes mit Kiosk, die Errichtung einer Gastronomie auf dem Plateau und nicht zuletzt der Bau eines Umweltbildungszentrums sind dann im nächsten Schritt geplant.

„Wir befinden uns in der Haushaltskonsolidierung, sind also als politische Verantwortliche dazu angehalten, nun jede Ausgabe besonders zu prüfen. Der Antrag beauftragt die Verwaltung daher auch, wo immer möglich, Fördermöglichkeiten für den Umbau zu nutzen. Gleichzeitig erreichen wir mit der externen Projektsteuerung eine Entlastung der Verwaltung, sodass diese für andere notwendige Umsetzungen Kapazitäten hat“, so Vielhaus zufrieden. „Mit dem eingebrachten Antrag haben wir nun einen klaren und realistischen Fahrplan für diesen ganz besonderen Rater Kulturort. Wir sichern den Bestand, um dann mit guter Planung und tatkräftiger Unterstützung den großen Wurf zu landen“, sind sich die CDU-Vertreter einig.

Tiefenbroich: Neue-Mitte entwickelt sich

Die Quartiersentwicklung „Neue-Mitte“ für Tiefenbroich ist auf einem guten Weg. In diesem Jahr wurden wichtige Meilensteine erreicht. Es ist ein Ergebnis des DORV-Konzeptes (Dienstleistungen Orts-nah Rundum Versorgung), das unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Tiefenbroich entwickelt wird.

Die Baumpflanzungen auf der Marienstraße in Tiefenbroich ist ein weiterer Meilenstein für die Entwicklung der Neuen-Mitte in Tiefenbroich. Aktuell werden 16 Zierkirschen und 8 immergrüne Baummagnolien gepflanzt. Baumarten, die sich gut an die Klimaentwicklung anpassen. Die Kosten belaufen sich auf 190.000 Euro. Weitere Gelder, 242.700 Euro, sind für Quartiersentwicklung bei dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung NRW beantragt. Diese sollen für die Modernisierung der leerstehenden Ladenlokale und zur Gewinnung geeigneter Nutzung verwendet werden. Des Weiteren soll ein Zentrenmanagement (ZM) etabliert werden, das federführend die Umstrukturierung und Reaktivierung der Ortsmitte von Tiefenbroich zu einem gemischten und neu belebten Versorgungskern entwickelt. Ein erster wichtiger Meilenstein

im Sommer dieses Jahrs war die Eröffnung der Postfiliale an der Sohlstättenstraße in den ehemaligen Räumlichkeiten der Sparkasse. In der Vorbereitungsphase erhielt die Planung einen schweren Rückschlag. Denn die Geldautomaten in der Sparkassenfiliale wurden gesprengt. Die Sprengung war so heftig, dass die über der Filiale liegenden Wohnungen kurzzeitig nicht bewohnbar waren. Aber dank des Engagements der Verwaltung konnte die Postfiliale mit einigen Tagen Verspätung eröffnet werden. Die Sparkasse hat sich sofort nach dem Verbrechen für den Erhalt des Standortes Tiefenbroich ausgesprochen. Ein neuer Ort für einen Geldautomat ist in der Planung.

Ina Bisani, CDU Ratsfrau für Tiefenbroich, erklärt: „Der erste Förderantrag im Jahr 2020, den wir für Tiefenbroich gestellt haben, war der Anstoß für die Entwicklung der Neuen-Mitte in Tiefenbroich und seitdem ist bereits einiges umgesetzt worden. Es bleibt noch vieles zu tun. Aber Quartierentwicklung ist kein Sprint, sondern ein Marathon.“ Wolfgang Diedrich, CDU-Rats Herr für Tiefenbroich, ergänzt: „Der Weihnachtsmarkt am ersten Adventswochenende war ein weiterer Meilenstein für Tiefenbroich. Hier haben die gemeinnützigen Vereine einen zauberhaften Weihnachtsmarkt organisiert. Es war ein Highlight für die Bürgerschaft.“

Ratingens Denkmäler erstrahlen wieder

Ratingen hat eine Reihe von historischen Bauten, von denen einige in den Abendstunden zur Freude viele Ratinger Bürger durch eine Akzentbeleuchtung in Szene gesetzt wurden. Dazu gehören z.B. Teile der Stadtmauer mit Türmen, Haus zum Haus, Kirchen und wenige andere städtische Gebäude. Der während der Energiekrise im letzten Jahr verpflichtende Verzicht auf die Beleuchtung von Gebäuden ist mit dem Ende der so-

genannten Kurzfristenergieversorgungsmaßnahmenverordnung (EnSikuMaV) zum 15. April dieses Jahres ausgelaufen. In der Folge hat sich die Energieversorgung stabilisiert.

Auf Vorschlag der bürgerlichen Fraktionen knipste der Stadtrat die Akzentbeleuchtung nun rechtzeitig zur dunklen Jahreszeit wieder an. Zwischen 24 und 6 Uhr wird aber abgeschaltet und weiterhin gespart.



Schön wie eh und je – die Denkmalbeleuchtung am „Haus zum Haus“.

